

Kleine Anfrage 1881

des Abgeordneten Christoph Schulze
der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

an die Landesregierung

Geplante Stellenstreichungen im Bereich Forsten mit dem Haushaltsplan 2017/18

Von den heute 1.600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Forstverwaltung des Landes Brandenburg sollen nach Informationen aus Kreisen der Landesregierung nach dem im Aufstellungsverfahren befindlichen Haushaltsplan 2017/18 künftig nur noch 1.050 verbleiben. Welche Aufgaben dann noch wahrgenommen werden sollen bzw. können ist momentan völlig unklar. Der Bund Deutscher Forstleute und die Industriegewerkschaft BAU, Landesvertretung Brandenburg der Beamten und Angestellten in Forst und Naturschutz fordern daher eine klare Aufgabenbeschreibung und inhaltliche Zielsetzung für Forstverwaltung und Forstbetrieb, bevor man über die personelle Ausstattung entscheidet. „Die Forstverwaltung Brandenburgs wird seit 25 Jahren zur Ader gelassen,“ erklärt Uwe Engelmann, Vorsitzender des Bund Deutscher Forstleute, „kein anderer Bereich der öffentlichen Verwaltung ist in ähnlicher Weise so reduziert worden“. Seit über 15 Jahren werden keine jungen Forstleute mehr dauerhaft eingestellt. Dies ist fatal, da trotz steigender Bedeutung des Waldes in Bezug auf Klimawandel, Holzproduktion, Erholung etc., die Belastungen des Waldes durch Flächeninanspruchnahme, Umweltbelastungen und steigende Anforderungen des Naturschutzes den „Förster vor Ort“ als Moderator und sachkundigen Flächenbetreuer erforderlicher denn je machen. Stattdessen wird die Forstverwaltung weiter drastisch reduziert, wohl wissend, dass der Krankenstand im Forstbereich durch Überalterung, Nicht-Besetzung von Stellen und zermürbende Diskussionen um die künftige Struktur den höchsten Stand in der gesamten Bundesrepublik aufweist. Hier verabschiedet sich der Dienstherr vorsätzlich von seiner Fürsorgepflicht - zu Lasten der Beschäftigten! „Wer den Förster vor Ort abschafft, verabschiedet sich auch von den ehemals postulierten Zielen eines Waldumbaus als wichtigste vorbeugende Maßnahme gegen den Klimawandel,“ so Jörg Müller, Vorsitzender der IG BAU Brandenburg. Da 60 % der Waldfläche in Brandenburg Privatwald sind, sind betreuende Forstleute unverzichtbar. Auch Waldschulen und andere waldpädagogische Einrichtungen müssten künftig geschlossen werden, wenn die Pläne der Regierung umgesetzt werden. Die Arbeiten im Landeswald könnten künftig ebenfalls nicht mehr durch staatliche Forstwirte erfüllt werden – Lohndumping und Qualitätsverluste sind vorprogrammiert. Die Pläne für den Personalabbau im Forstbereich sind zudem in keiner Weise mit den Plänen zur Kreisgebietsreform abgestimmt. Auch hier soll die Forstverwaltung zerschlagen werden, wohl um dem Innenminister die fehlende

Rechtfertigung zur Umsetzung dieser landesweit höchst umstrittenen Reform zu liefern.

Aus diesem Grund frage ich die Landesregierung:

1. Ist es zutreffend, dass die Forstverwaltung Brandenburgs seit 25 Jahren zur Ader gelassen wird wie kein anderer Bereich der öffentlichen Verwaltung ist in ähnlicher Weise? Bitte geben sie eine tabellarische Übersicht über die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen in den letzten 25 Jahren.
2. Ist es zutreffend, dass seit über 15 Jahren keine jungen Forstleute mehr dauerhaft eingestellt werden?
3. Ist es zutreffend, dass der Krankenstand im Forstbereich durch Überalterung, Nicht-Besetzung von Stellen und zermürende Diskussionen um die künftige Struktur im Landesvergleich den höchsten Stand in der gesamten Bundesrepublik aufweist?
4. Ist es zutreffend, dass im Zuge der Aufstellung des Haushaltsplanes 2017/18 besteht die Forderung für den Forstbereich besteht, mehr als 400 Stellen zu kürzen, ohne dass es eine Vorstellung davon gibt, welche Aufgaben künftig nicht mehr erledigt werden sollen?
5. Wie soll mit der weiter dramatisch zurück gehenden Mitarbeiterzahl den vielfältigen und steigenden Anforderungen an den Wald bezüglich Klimawandel, Holzproduktion, Erholung etc., die Belastungen des Waldes durch Flächeninanspruchnahme, Umweltbelastungen und steigende Anforderungen des Naturschutzes konkret entsprochen werden. Bitte stellen sie das Konzept der Landesregierung dazu dar?
6. Ist es zutreffend, dass bei Umsetzung dieser Kürzungspläne auch die Waldschulen und andere waldpädagogische Einrichtungen künftig geschlossen werden müssten? Welche Einrichtungen konkret werden betroffen sein? Wann wird eine Schließung voraussichtlich erfolgen? Weshalb muss die jeweilige Einrichtung schließen (einrichtungsbezogene Begründung)?
7. Ist es zutreffend, dass dann die notwendigen Arbeiten im Landeswald künftig ebenfalls nicht mehr durch staatliche Forstwirte erfüllt werden könnten, sondern es durch „Privatisierung“ und Lohndumping zu Qualitätsverlusten kommen wird?
8. Wie lassen sich die Pläne für den Personalabbau im Forstbereich mit den Plänen zur Kreisgebietsreform zusammen bringen?
9. Welche konkrete Aufgabenkritik für den Bereich Forsten hat die Landesregierung vorgenommen?
10. Wie sieht das Gesamtkonzept der Landesregierung für die Zukunft der Forsten in Brandenburg aus? Was ist die Zielsetzung/Zukunftsvision?